

Handbuch Sicherheits- und Staatsschutzrecht

Dietrich / Fahrner / Gazeas / von Heintschel-Heinegg

2022

ISBN 978-3-406-78593-1

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Dietrich/Fahrner/Gazeas/von Heintschel-Heinegg
Handbuch Sicherheits- und Staatsschutzrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Sicherheits- und Staatsschutzrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Jan-Hendrik Dietrich

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Dr. Matthias Fahrner

Ministerialrat a. D., Richter am Amtsgericht Stuttgart, Habilitand an der Universität des Saarlandes, Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten und Hochschulen

Dr. Nikolaos Gazeas, LL.M.

Rechtsanwalt, Köln, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

Professor Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg

Rechtsanwalt, Honorarprofessor an der Universität Regensburg, Vorsitzender Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht a. D., Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München a. D.

Bearbeitet von

Dr. Werner Ader, Berlin; Prof. Dr. Anna Helena Albrecht, Potsdam; Dr. David Albrecht, Berlin; Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL.M., Mainz; Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M., Passau; Wolfgang Barrot, Karlsruhe; Thomas Beck, Karlsruhe; Ottmar Breidling, Düsseldorf; Prof. Dr. Ralf Brinktrine, Würzburg; Prof. Dr. Roland Broemel, Frankfurt a. M.; Dr. Thomas Darnstädt, Hamburg; Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich, Berlin; Dr. Johannes Dimroth, Berlin; PD Dr. Marc Engelhart, Frankfurt a. M.; Dr. Tobias Engelstätter, Karlsruhe; Dr. Matthias Fahrner, Stuttgart; Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz, Bonn; Dr. Nikolaos Gazeas, LL.M., Köln; Prof. Dr. Sebastian Golla, Bochum; Dr. Michael Greßmann, Berlin; Prof. Dr. Bernd Heinrich, Tübingen; Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg, Straubing; Dr. Tilman Hoppe, LL.M., Berlin; Jan van Lessen, Düsseldorf; Prof. Dr. Markus Löffelmann, Berlin; Prof. Dr. Carlo Masala, München; Prof. Dr. Heiko Meiertöns, Berlin; Dr. Gerwin Moldenhauer, Karlsruhe; Prof. Dr. Thomas Petri, München; Prof. Dr. Arne Pilniok, Hamburg/Berlin; Prof. Dr. Jens Puschke, LL.M., Marburg; Dr. Frank Raue, Berlin; Prof. Dr. Horst Risse, Berlin; Dr. Felix Ruppert, Bayreuth; Alessandro Scheffler Corvaja, München; Dr. Björn Schiffbauer, Köln; Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M., Würzburg; Oskar Schumacher, Bielefeld; Prof. Dr. Patrick Ernst Sensburg, Köln; Prof. Dr. Dr. Markus Thiel, Münster; Prof. Dr. Sebastian Unger, Bochum; Prof. Dr. Gunter Warg, Mag. rer. publ., Brühl; Dr. Dieter Weingärtner, Berlin; Michaela Welnhofner-Zeitler, München; Prof. Dr. Thomas Wischmeyer, Bielefeld; Prof. Dr. Till Zimmermann, Trier; Dr. Herbert O. Zinell, Schramberg.

2022



Zitiervorschlag:
Bearbeiter in Dietrich/Fahrner/Gazeas/von Heintschel-Heinegg HdB SicherheitsR § Rn.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78593 1

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Umschlaggestaltung:
Druckerei C.H. Beck (Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

„Sicherheit“ hat sich zu einem zentralen gesellschaftlichen Wertebegriff entwickelt, der Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern auf eine Formel bringt. Der demokratische Rechtsstaat nimmt in diesem Zusammenhang seine Gewährleistungspflicht für den Schutz der ihm anvertrauten Rechtsgüter mit Hilfe einer modernen „vernetzten“ Sicherheitsarchitektur wahr. Staatliche Akteure (z. B. Polizeibehörden, Nachrichtendienste oder Streitkräfte) werden hierbei ebenso einbezogen wie private Akteure (z. B. Telekommunikationsdienstleister oder gewerbliche Wach- und Sicherheitsdienste). Den vielfältigen Sicherheitsbedrohungen wird zunehmend grenzüberschreitend im internationalen Wirkungsverband begegnet. Denn die mit der technologischen Entwicklung einhergehende Globalisierung hat die sicherheitstechnischen Grenzen von „innen“ und „außen“ eingerissen.

Es liegt vor diesem Hintergrund auf der Hand, dass zwischen den einschlägigen gesetzlichen Regelungen auf nationaler, supra- und internationaler Ebene ein erhöhter Abstimmungsbedarf besteht. Bei Licht besehen haben sich die Rechtsgrundlagen vieler Akteure inzwischen stetig angenähert bzw. überlagern einander. Die Verschränkung vormals segmentierten Sonderrechts von Sicherheitsbehörden zeigt sich eindrucksvoll an der Entwicklung von Aufgaben und Befugnissen. So ist beispielsweise das nachrichtendienstliche Monopol der Gefahrenvorsorge längst gefallen. Die Arbeit der Polizeibehörden erstreckt sich immer weiter in das Vorfeld von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Zur Annäherung der Aufgaben und Befugnisse haben nicht zuletzt die Vorgaben verfassungsgerichtlicher Judikatur beigetragen. Der verfassungsrechtlich gebotene Ausgleich zwischen individuellen Freiheitsrechten und der Wahrnehmung der staatlichen Sicherheitsgewährleistungspflicht wird zunehmend über identische Konfliktschlichtungsformeln in den Fachgesetzen gesucht.

In der Rechtswissenschaft sind diese Entwicklungen über lange Zeit nicht in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen worden. Die fachlichen Diskurse blieben zumeist nach Teilrechtsgebieten künstlich segmentiert. Erst seit wenigen Jahren wird die umfassende Perspektive des Sicherheitsrechts aufgemacht. Ihr folgt dieses Handbuch. Der Band schlägt den Bogen von Voreinstellungen wehrhafter Demokratie, über Rahmenbedingungen internationaler Behördenkooperationen bis hin zu Regelungsregimen deutscher Sicherheitsgesetzgebung. Polizeirechtliche, nachrichtendienstrechtliche, strafverfahrensrechtliche und andere Rechtsmaterien werden miteinander verklammert und in Bezug gesetzt. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk dem Staatsschutzstrafrecht.

Die Erstellung des Bandes hat viel Zeit und Mühe gekostet. Manuskripte mussten beständig aktualisiert und gelegentlich weitere Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Die Herausgeber sind daher allen Beteiligten für große Geduld und Bereitschaft zur Überarbeitung von bereits eingereichten Beiträgen verbunden. Besonderen Dank schulden die Herausgeber Verleger *Dr. Hans Dieter Beck* und Lektoratsleiterin *Bärbel Smakman*, die das Projekt verlagsseitig von Anfang an mit Nachdruck unterstützt haben. Ein ganz besonderer Dank geht auch an unsere Lektorin Frau *Dr. Anna Bloch*, die das Handbuch seit der ersten Projektidee engagiert begleitet hat. Ohne ihre stets außerordentlich umsichtige und kenntnisreiche Betreuung der vielen Manuskripte hätte unser Vorhaben nicht gelingen können.

Berlin, Stuttgart, Köln und Straubing im August 2022

Jan-Hendrik Dietrich
Matthias Fahrner
Nikolaos Gazeas
Bernd von Heintschel-Heinegg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Autorenverzeichnis

Dr. Werner Ader
Bundesnachrichtendienst, Berlin

Prof. Dr. Anna Helena Albrecht
Universitätsprofessorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Medienstrafrecht
an der Universität Potsdam

Dr. David Albrecht
Rechtsanwalt, Berlin

Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL.M.
Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Informationsrecht,
insbesondere Datenschutzrecht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M.
Professor an der Universität Passau

Wolfgang Barrot
Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe

Thomas Beck
Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof als Abteilungsleiter a. D., Karlsruhe

Ottmar Breidling
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D., Düsseldorf

Prof. Dr. Ralf Brinktrine
Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht,
Deutsches und Europäisches Umweltrecht und Rechtsvergleichung an der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Roland Broemel
Inhaber der Professur für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Währungsrecht,
Finanzmarktregulierung und Rechtstheorie an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Dr. Thomas Darnstädt
Journalist und Jurist

Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich
Professor an der Hochschule des Bundes in Berlin und Direktor des Center für Intelligence
and Security Studies an der Universität der Bundeswehr München

Dr. Johannes Dimroth
Stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin

PD Dr. Marc Engelhart
Entlastungsprofessor für Strafrecht an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Autorenverzeichnis

Dr. Tobias Engelstätter

Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Lehrbeauftragter an der Hochschule des Bundes, Berlin und an der Universität der Bundeswehr, München

Dr. Matthias Fahrner

Ministerialrat a. D., Richter am Amtsgericht Stuttgart, Habilitand an der Universität des Saarlandes, Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten und Hochschulen

Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Nikolaos Gazeas, LL.M.

Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Sebastian Golla

Juniorprofessor an der Ruhr-Universität Bochum

Dr. Michael Greßmann

Ministerialrat, Leiter des Referats Staatsschutzstrafrecht (Einzelsachen), Völkerstrafrecht, Bundesministerium der Justiz, Berlin

Prof. Dr. Bernd Heinrich

Professor an der Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg

Rechtsanwalt, Honorarprofessor an der Universität Regensburg,
Vorsitzender Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht a. D.,
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München a. D.

Dr. Tilman Hoppe, LL.M.

Ministerialrat, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Berlin

Jan van Lessen

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Düsseldorf

Prof. Dr. Markus Löffelmann

Professor für nationales und internationales Sicherheitsrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin

Prof. Dr. Carlo Masala

Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Heiko Meiertöns

Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin

Dr. Gerwin Moldenhauer

Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe,
Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Thomas Petri

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, Honorarprofessor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften, München

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Arne Pilniok

Juniorprofessor an der Universität Hamburg und Vertreter des
Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verfassungsrecht,
und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Jens Puschke, LL.M.

Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht, Kriminologie und
Medizinstrafrecht an der Philipps-Universität Marburg

Dr. Frank Raue

Ministerialrat, Bundestagsverwaltung, Berlin

Prof. Dr. Horst Risse

Staatssekretär a. D., vorm. Direktor beim Deutschen Bundestag,
Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Felix Ruppert

Rechtsanwalt, Akad. Mitarbeiter an der Universität Bayreuth

Alessandro Scheffler Corvaja

Doktorand an der Universität der Bundeswehr München

Dr. Björn Schiffbauer

Privatdozent an der Universität zu Köln,
im Sommersemester 2022 Lehrstuhlvertreter an der FernUniversität in Hagen

Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M. (E)

Inhaberin des Lehrstuhls für deutsches und ausländisches öffentliches Recht,
Völkerrecht und Europarecht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg,
stellvertretendes Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Oskar Schumacher

Rechtsanwalt, Doktorand am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Recht der Digitalisie-
rung an der Universität Bielefeld

Prof. Dr. Patrick Ernst Sensburg

Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Hochschule für Polizei und
öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Gastprofessor an der Universität Wien

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel

Universitätsprofessor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Polizeirecht an der
Deutschen Hochschule der Polizei, Münster

Prof. Dr. Sebastian Unger

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Gunter Warg, Mag. rer. publ.

Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl

Dr. Dieter Weingärtner

Ministerialdirektor a. D., Senior Fellow am Deutschen Institut für Menschenrechte,
Bundskonventionsbeauftragter des Deutschen Roten Kreuzes

Autorenverzeichnis

Michaela Weinhofer-Zeitler
Richterin am Oberlandesgericht, München

Prof. Dr. Thomas Wischmeyer
Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Recht der Digitalisierung an der
Universität Bielefeld

Prof. Dr. Till Zimmermann
Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht einschl. europäischer und internationaler
Bezüge an der Universität Trier

Dr. Herbert O. Zinell
Ministerialdirektor a. D. und Oberbürgermeister a. D.,
Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LXIII

1. Teil: Grundlagen staatlicher Sicherheitsgewährleistung

§ 1 Sicherheitsbedrohungen	1
A. Einführung	4
B. Sicherheit als „ambivalentes Symbol“	4
I. Klassischer Sicherheitsbegriff	5
II. Erweiterter Sicherheitsbegriff	5
III. Kritische Perspektiven und „Versicherheitlichung“	6
IV. Zwischenfazit: Sicherheit und Bedrohungen –	7
C. Künftige globale Entwicklungen	8
I. Bedrohungen folgen internationalen Trends	8
II. Die Global Trends – Berichte: Ausblick auf das kommende globale Umfeld	9
III. Andere Studien zum globalen Umfeld	13
IV. Zwischenfazit	14
D. Sicherheitsfelder	15
I. Äußere Sicherheit: Bedrohungen durch andere Staaten	15
II. Innere Sicherheit	18
III. Proliferation und Exportkontrolle	21
IV. Cyber	22
E. Fazit	24
§ 2 Sicherheitsgewährleistung als verfassungsrechtlicher Auftrag	24
A. Einführung	25
B. Verfassungsrechtliche Leitlinien für die Sicherheitsgewährleistung	28
I. Grundlagen	28
II. Grundgesetzliche Regelungen	29
III. Europarechtliche Regelungen	33
C. Verfassungsrechtlicher Auftrag zur Sicherheitsgewährleistung	33
I. Grundlagen	33
II. Begründungsansätze für einen verfassungsrechtlichen Auftrag	34
III. Inhalt und Reichweite	40
D. Perspektiven	41
§ 3 Staatsorganisation in Sicherheitskrisen	42
A. Vorbemerkung	44
I. Überblick	44
II. Begriff des „Staatsnotstands“	45
III. Notstand als Ausnahme	46
B. Gefahren von besonderer Bedeutung	46
I. Praktische Anwendungsfälle	46
II. Voraussetzungen	46
III. Folgen	48
IV. Konkurrenzen	48

Inhaltsverzeichnis

C. Regionale Katastrophen	48
I. Praktische Anwendungsfälle	48
II. Voraussetzungen	48
III. Folgen	49
IV. Konkurrenzen	50
D. Überregionale Katastrophen	50
I. Praktische Anwendungsfälle	50
II. Voraussetzungen	50
III. Folgen	51
IV. Intervention des Bundesrates	51
V. Konkurrenzen	52
E. Innerer Notstand	52
I. Praktische Anwendungsfälle	52
II. Voraussetzungen	53
III. Folgen	57
IV. Wegfall der Gefahr; Intervention von Bundestag und Bundesrat	61
V. Konkurrenzen	61
F. Spannungsfall	62
I. Praktische Anwendungsfälle	62
II. Voraussetzungen	62
III. Konkurrenzen	62
G. Verteidigungsfall (äußerer Notstand)	63
I. Praktische Anwendungsfälle	63
II. Voraussetzungen und Feststellung	63
III. Folgen	67
IV. Konkurrenzen	72
H. Einschränkung von Grundrechten	72
I. Ungeschriebene Notstandsbefugnisse?	73
J. Staatsnotstand in den Landesverfassungen	73
K. Staatsnotstand und Europäische Union	75
L. Rechtsschutz	76
I. Bundesverfassungsgericht	76
II. Landesverfassungsgerichte	77
III. Fachgerichte	78
IV. Bundeszwang (Art. 37 GG)	78
V. Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG)	79
VI. Europäischer Gerichtshof	80
VII. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	80
M. Reformbedarf: Notparlament	81
§ 4 Sicherheitsgewährleistung und Rechtsstaat	83
A. Einführung	86
B. Grundlagen	86
I. Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit	86
II. Verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Rechtsstaats im Grundgesetz	91
C. Allgemeine rechtsstaatliche Anforderungen an das Recht der Sicherheitsgewährleistung	93
I. Rechtsbindung und Ermächtigungsgrundlagen	93
II. Vorhersehbarkeit, Bestimmtheit und Nachhaltigkeit im Sicherheitsrecht	94
III. Menschenwürdig-freiheitlicher Rechtsstaat und Sicherheitsgewährleistung	96

Inhaltsverzeichnis

IV. Wirksamer Rechtsbehelfe und Sicherheitsgewährleistung	98
V. Insbesondere Herausforderungen in internationaler Kooperation ...	102
D. Sicherheitsgewährleistung, Gewaltenteilung und -kontrolle	103
I. Überblick	103
II. Legislative	103
III. Justiz	106
E. Anwaltsverhältnis und Sicherheits- und Staatsschutz	109
I. Die Stellung des Anwalts und die Sicherheitsgewährleistung	109
II. Anwaltschaft und Verschlussachen	112
III. Mandatskommunikation in Strafsachen und Sicherheitsgewährleistung	113
F. Sicherheitserfordernisse und rechtsstaatliche gerichtliche Verfahren	116
I. Legalitätsgrundsatz	116
II. Recht auf den gesetzlichen Richter	117
III. Öffentlichkeitsgrundsatz und Transparenz versus Geheimhaltung	119
IV. Prozessstoff, rechtliches Gehör, fair trial und Waffengleichheit	122
G. Rechtsschutz und Kontrolle gegen Rechtsstaatübergreifende	130
H. Perspektiven: Aktuelle Herausforderungen de lege ferenda	130
§ 5 Der Schutz des Staates und die Medien	131
A. Das Verhältnis der Medien zum Staat in der Demokratie des GG	133
I. Die Rolle der Medien nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	133
II. Die Neuen Medien und ihr Schutz durch Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG ...	140
B. Der Schutz des Staates vor den Medien	147
I. Öffentlichkeit als Delikt: Verrat	147
II. Öffentlichkeit als Schadensquelle	158
C. Der Schutz der Medien vor dem Staat	162
I. Der Wettstreit um Informationen	162
II. Die spezifische Schutzbedürftigkeit der Medien	163
III. Die gesetzlichen Vorkehrungen zum Vertrauensschutz	165
§ 6 Sicherheitsbegriff und Sicherheitsrecht	169
A. Einführung	170
B. Sicherheit als Rechtsbegriff	171
I. Sprachliche Wurzeln und Bedeutungsentwicklung	171
II. Kontextabhängiger Bedeutungsgehalt im Rechtsinne	172
C. Koordinaten sicherheitsrechtlicher Begriffsbildung	173
I. System	173
II. Funktion	178
D. Sicherheitsbegriffe des Sicherheitsrechts	180
I. Sicherheit und Verfassungsrecht	180
II. Sicherheit im europarechtlichen Regelungskontext	183
III. Sicherheitsbegriffe des Strafrechts	187
IV. Verwaltungsrechtliche Sicherheitsbegriffe	189
E. Perspektiven	194
§ 7 Organisation der Sicherheitsgewährleistung	195
A. Einführung	196
B. Akteure der Sicherheitsgewährleistung	197
I. Grundlagen	197
II. Sicherheitsbehörden und -akteure des Bundes	199
III. Sicherheitsbehörden und -akteure auf Landesebene	207
IV. Private Sicherheitsakteure	209

Inhaltsverzeichnis

C. Gremien, Strukturen und Prozesse der Sicherheitskooperation	210
I. Bedeutung der Kooperation für die Sicherheitsgewährleistung	210
II. Kooperationsaspekte und -formen	211
D. Perspektiven	222
§ 8 Sicherheitsgewährleistung im Wege internationaler Kooperationen	222
A. Erforderlichkeit internationaler Kooperation zur Sicherheitsgewährleistung	224
I. Sicherheitsbegriff und Gewaltmonopol	224
II. Sicherheitsgewährleistung im Spiegel aktueller Herausforderungen ..	224
III. Effektivitätssteigerung der Gefahrenabwehr durch staatenübergreifende Maßnahmen	228
B. Internationale Konfliktprävention und multilaterales Krisenmanagement	229
I. Friedliche Streitbeilegung nach Kapitel VI der UN-Charta	230
II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im System gegenseitiger Abschreckung	232
C. Internationales Sanktionsregime und Selbstverteidigung	233
I. Sanktionsregime der Vereinten Nationen gemäß Kapitel VII UN-Charta	234
II. Individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta	242
D. Konflikteindämmung durch UN-Friedensmissionen	252
I. Entwicklung des UN-Peacekeeping als alternative Form der Friedenssicherung	252
II. Multidimensionaler Charakter von UN-Friedensmissionen	252
III. Verankerung der UN-Friedensmissionen im kollektiven Sicherheitsystem der Vereinten Nationen	253
IV. Haftungsfragen bei	255
E. Sicherheitsgewährleistung mittels regionaler Abmachungen	256
I. Öffnung des UN-Sicherheitsystems für regionale Abmachungen und Einrichtungen gemäß Kapitel VIII UN-Charta	256
II. Beitrag ausgewählter regionaler Einrichtungen zur Sicherheitsgewährleistung	259
F. Weitere rechtliche Konsequenzen einer Verletzung des Gewaltverbots ..	263
G. Schlussbetrachtung und Perspektiven	263
§ 9 Sicherheitsgewährleistung im Verfassungs- und Verwaltungsverbund der Europäischen Union	266
A. Einführung	271
B. Sicherheit als Gegenstand des Unionsrechts	272
I. Sicherheitsunion als rechtliche und politische Zielsetzung	272
C. Unionsverfassungsrechtliche Rahmenbedingungen der Sicherheitsgewährleistung der EU	276
I. Kompetenzen der EU zur Sicherheitsgewährleistung	276
II. Unionsverfassungsrechtliche Regulierung der Kompetenzausübung im Verbund	283
III. Rechtsstaatliche Anforderungen des Primärrechts an mitgliedstaatliche Sicherheitsbehörden	287
D. Sicherheitsarchitektur in der Europäischen Union	288
I. Unionsorgane	289
II. Unionagenturen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	294
III. Andere Unionseinrichtungen zur Sicherheitsgewährleistung	305

Inhaltsverzeichnis

E. Handlungsmodi in der Sicherheitsunion	307
I. Integration durch Institutionalisierung, Kooperation und wechselseitiges Lernen	307
II. Integration durch die Harmonisierung des Sicherheitsrechts	311
III. Integration durch Informationssysteme	315
IV. Integration durch die Finanzierung von Sicherheitsgewährleistung ..	320
F. Perspektiven: Entwicklungsdynamiken der Sicherheitsunion	324
2. Teil: Sicherheitsgewährleistung durch Sicherung, Abschirmung und Geheimschutz	
§ 10 Schutz von Verfassungsorganen und Sicherheitsbehörden	327
A. Überblick	328
B. Nachrichtendienstliche Gefahrenaufklärung	329
C. Polizeilicher Schutz	330
I. Der Schutz staatlicher Einrichtungen und Veranstaltungen als polizeiliche Aufgabe	330
II. Zuständigkeiten	332
D. Strafrechtlicher Schutz	354
I. Einleitung	354
II. Verfassungsorgane	354
III. Sicherheitsbehörden	359
§ 11 Schutz von Staatsgeheimnissen	364
A. Einführung	365
B. Was sind Staatsgeheimnisse?	365
C. Grundlagenfrage: Staat der Öffentlichkeit?	367
I. Entwicklung und Grundsystem	367
II. Informationsfreiheitsgesetze Bund/Länder	368
D. Schutzmechanismen	370
I. Verschlusssachen	370
II. Strafrechtlicher Schutz	372
III. Prozessualer Schutz	375
E. Fazit	380
§ 12 Personeller Geheimschutz	381
A. Einführung	383
B. Ziel und Grenzen des personellen Geheimschutzes	383
C. Abgrenzung zum personellen Sabotageschutz	385
D. Abgrenzung zu Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	386
E. Entwicklung und Ziele des Sicherheitsüberprüfungsverfahrens	386
I. Rechtsgrundlagen	386
II. Rechtliche Folgen einer erfolgreichen Überprüfung	387
F. Verfahrensgrundsätze der Sicherheitsüberprüfung	388
I. Freiwilligkeit und notwendige Einwilligung	388
II. Konsequenzen bei Verweigerung und Widerruf der Einwilligung ..	390
III. In dubio pro securitate	392
IV. Zweckbindungs- und Abschottungsgebot	392
V. Weiterverwendung der Daten aus der Sicherheitsüberprüfung	393
G. Grund der Überprüfung: Umgang mit Verschlusssachen	398
I. Allgemeines zur Verschlusssache	398
II. Kriterien für die Einstufung als Verschlusssache und der jeweilige Einstufungsgrad	398
III. Beispiele für Einstufung	399

Inhaltsverzeichnis

H. Betroffene Personen im personellen Geheimschutz	400
I. Betroffene Personen	400
II. Ehegatten und Lebenspartner	400
III. Ausnahmen für Mitglieder der Verfassungsorgane und Richter	401
IV. Überprüfungen für die private Wirtschaft	401
J. Datenerhebungsmaßnahmen bei den verschiedenen Typen der Sicherheitsüberprüfung	403
I. Die Überprüfungsarten	403
II. Regelungsinhalt des § 12 SÜG	403
III. Einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü1)	404
IV. Erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü2)	408
V. Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü3)	408
K. Prüfungsgegenstände im personellen Geheimschutz	409
I. Das Sicherheitsrisiko als Maßstab des personellen Geheimschutzes ..	409
II. Kriterien für die Bewertung eines Sicherheitsrisikos	409
III. Notwendiger Verdichtungsgrad des Sicherheitsrisikos	410
IV. Spezifität des Sicherheitsrisikos in Bezug auf die konkrete Tätigkeit ..	411
V. Zweifel an der Zuverlässigkeit als Sicherheitsrisiko	412
VI. Besorgnis der Anbahnungs- und Werbungsversuche ausländischer Nachrichtendienste sowie krimineller oder extremistischer Organisationen	416
VII. Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (§ 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SÜG)	417
L. Die Akteure im personellen Geheimschutzverfahren	420
I. Die „zuständige Stelle“ als Bedarfsträger	420
II. Die „mitwirkende Behörde“ als zentraler Akteur	420
M. Verfahrensrechte der betroffenen Person und Rechtsschutz	421
I. Anhörung vor Ablehnung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit ...	421
II. Verwaltungsrechtsweg	422
III. Beurteilungsspielraum bei Würdigung von Sicherheitsrisiken	422
N. Ausblick	424
§ 13 Schutz vor Industrie- und Wirtschaftsspionage	424
A. Einführung	426
B. Entwicklung des Schutzes vor Industrie- und Wirtschaftsspionage	427
I. Strafrechtliche Ursprünge	427
II. Zivilrechtlicher Schutzzumfang	428
III. Europäisierung des Schutzsystems	429
IV. Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	429
C. Struktur des Schutzes vor Industrie- und Wirtschaftsspionage	430
I. Kernelement: GeschGehG	430
II. Besonderer Strafrechtsschutz	430
III. Immaterialgüterrecht	432
IV. Lauterkeitsrecht	433
V. Allgemeines Deliktsrecht	433
VI. Polizei- und Nachrichtendienste	433
D. Schutz nach dem GeschGehG	434
I. Grundbegriffe, Definitionen	434
II. Erlaubte und verbotene Handlungen	438
III. Whistleblowing	441
IV. Zivilrechtliche Folgen	446
V. Strafrechtliche Folgen	448
E. Fazit	451

Inhaltsverzeichnis

§ 14 Schutz kritischer Infrastrukturen	452
A. Einführung	453
B. Entwicklung und Strukturen des KRITIS-Diskurses	454
I. „Infrastrukturen“ im Recht	454
II. Begriff der „kritischen Infrastruktur“	455
III. KRITIS im System des Sicherheitsrechts	459
C. Gesetzliche Regelungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen	463
I. Horizontale Regelungen	463
II. Ergänzende sektorale Regelungen	467
D. Grundstrukturen der Regulierung kritischer Infrastrukturen	476
I. Ziele der Regulierung	477
II. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	478
III. Instrumente	480
IV. Organisation und Verfahren	483
E. Perspektiven	486
§ 15 Abwehr von Cyberbedrohungen	487
A. Einführung	488
B. Informationsmanagement als zentraler Baustein in der Abwehr von Cyberbedrohungen	491
C. Ursachen und Arten von Cyberbedrohungen	493
I. Ausdifferenzierung der Angriffsfläche	493
II. Ausdifferenzierung der Typen von Cyberbedrohungen	495
III. Maschinelles Lernen als Faktor der Abwehr von Cyberbedrohungen	500
D. Rechtliche Rahmenbedingungen der Abwehr von Cyberbedrohungen	502
I. Auswertung und Übermittlung von Daten durch das BSI, § 5 BSIG	502
II. Abwehrmaßnahmen in akuter Bedrohungslage	506
III. Aktive Ermittlung von Sicherheitsrisiken und Angriffsmethoden durch das BSI	509
IV. Nachrichtendienstliche Überwachung	510
V. Streitkräfte	515
E. Perspektiven	520
 3. Teil: Sicherheitsgewährleistung durch Aufklärung	
§ 16 Wissensabhängigkeit und Wissensgenerierung im Sicherheitsverwaltungs- recht	521
A. Einführung	522
B. Wissen in der Sicherheitsgesellschaft	525
I. Standortbestimmungen: Wissensgesellschaft und Wissensstaat	525
II. Begriffsklärungen: Wissen und Wissensgenerierung	531
C. Strategien der Wissensgenerierung in der Sicherheitsverwaltung	542
I. Polizeiliche Wissensgenerierung	542
II. Nachrichtendienstliche Wissensgenerierung	547
III. Wissensgenerierung in übergreifenden Strukturen	551
D. Rechtsschutz und Kontrolle	554
E. Perspektiven	555
§ 17 Aufklärung durch Strafverfahren	556
A. Strafverfolgende Aufklärung in der komplementären Sicherheitsarchitektur	558
I. Funktionsunterschiede sicherheitsrechtlicher Aufklärung	558
II. Ordnungselemente sicherheitsrechtlicher Aufklärung	560
III. Aufklärung von Straftaten	564

Inhaltsverzeichnis

B. Praktische Probleme der Aufklärung in Staatsschutzverfahren	568
I. Rahmenbedingungen der Aufklärung	568
II. Besondere Mittel der Aufklärung	572
C. Einschränkung von Aufklärung durch Geheimnisschutz	576
I. Gründe für die Geheimhaltung von Beweismitteln	576
II. Mittel der Wahrung von Geheimschutzbedürfnissen	577
III. Praktische Durchsetzung der Aufklärungspflicht	581
IV. Problematik von Datenübermittlungen	583
D. Perspektiven	584
§ 18 Struktur und Prozesse der Inlandsaufklärung	586
A. Einführung	587
I. Inlandsnachrichtendienstliche Tätigkeit	588
II. Inlandsaufklärung unter dem Grundgesetz	590
III. Abgrenzung von artverwandten Tätigkeiten	591
B. Organisatorische verfassungsrechtliche Vorgaben	594
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	594
II. Gebot nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes	595
C. Organisationsstruktur	596
I. Föderale Struktur der Inlandsaufklärung	596
II. Aufgabenzuweisungen	597
III. Interne Organisationsstrukturen	599
IV. Nachrichtendienstliche Kooperationsformen	602
D. Prozess der Inlandsaufklärung	602
I. Steuerung der Inlandsaufklärung – Auftragsfestlegung	602
II. Informationssammlung – Beschaffung	605
III. Informationsanalyse und -aufbereitung – Auswertung	606
IV. Verteilung an die Abnehmer – Berichterstattung	607
E. Reformvorschläge	608
I. Umbenennung und Umstrukturierung des BfV	608
II. Auflösung des BAMAD	609
III. Änderung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern	610
F. Fazit und Entwicklungsperspektiven	611
§ 19 Struktur und Prozesse der Auslandsaufklärung	612
A. Einführung	614
I. Zum Begriff „Auslandsaufklärung“	614
II. Der BND als Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland	615
III. Spezifische Herausforderungen und Risiken der Arbeit des Auslandsnachrichtendienstes	615
B. Die Aufgaben des BND	617
I. Die Aufgabenzuweisung des § 1 Abs. 2 S. 1 BNDG	617
II. Zuständigkeits- und Abgrenzungsfragen gegenüber Verfassungsschutz, BAMAD und militärischem Nachrichtenwesen ..	618
III. Der BND als Informationsdienstleister	621
IV. Einbindung des BND in den außen- und sicherheitspolitischen Informationsverbund der Bundesrepublik	622
V. Außen- sicherheitspolitische Bedeutsamkeit	623
VI. Organisatorische Festlegungen für die deutsche Auslandsaufklärung ..	623
VII. Auslandsbegriff des § 1 BNDG	625
C. Die Befugnisse des BND	626
I. Allgemeine Fragen	626
II. Die Befugnisse des BND im Einzelnen	636

Inhaltsverzeichnis

D. Zusammenarbeit mit inländischen und ausländischen Nachrichtendiensten	647
I. Allgemeines	647
II. Zusammenarbeit mit inländischen Stellen	647
III. Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen	649
E. BND-interne Prozesse als Ausfluss des gesetzlichen Aufgaben- und Befugnisrahmens	653
F. Externe Kontrollmechanismen	654
I. Multiplexe externe Kontrollstruktur	654
II. Externe behördliche Kontrollinstanzen	655
III. Parlamentarische Kontrolle	658
IV. Gerichtliche Kontrolle	662
V. Medien	662
G. Perspektiven	663
§ 20 Grundrechtlicher Datenschutz und sicherheitsbehördliche Überwachung ..	667
A. Einleitung: Terminologie des Sicherheits- und des Datenschutzrechts ..	669
I. Vorbemerkung	669
II. Nachrichtendienstliche Informationssammlung	670
III. Datenverarbeitung der Polizei, insbesondere polizeilicher Staatsschutz	671
IV. Bundeswehr	674
V. Gerichtsbarkeit	674
B. Sicherheitsbehördliche Überwachung und informationeller Grundrechtsschutz	675
I. Schutzdimensionen des Persönlichkeitsrechts nach dem Grundgesetz und EU-Datenschutzrecht	676
II. Datenschutzgrundsätze als Grundrechtskonkretisierung	679
III. Datenschutzrechtlich relevante Gewährleistungen der EMRK	689
IV. Reichweite der Grundrechtsbindung; Geltung der Charta der Grundrechte der EU?	690
C. Verarbeitung personenbezogener Daten als Grundrechtseingriff	692
D. Mindestanforderungen an Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht bzw. das Recht auf Privatleben	696
I. Eingriffsrechtfertigung nach dem Grundgesetz	696
II. Anforderungen der EMRK an Eingriffsbefugnisse	711
§ 21 Informationsbeschaffung von Unternehmen und nicht-staatlichen Dritten ..	716
A. Einleitung	716
B. Entwicklungslinien der Informationsbeschaffung durch Private	717
I. Informationsbeschaffung über Genehmigungspflichten	717
II. Informationsbeschaffung über Dritte	718
C. Bestandsdaten aus Telekommunikationsdiensten	722
I. Grundstruktur und Entwicklung der Regelungen, §§ 172 ff. TKG ..	723
II. Erhebung und Speicherung der Bestandsdaten, § 172 TKG	724
III. Übermittlung der Daten	726
D. Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten	738
I. Grundlinien	738
II. Verfassungs- und unionsrechtliche Anforderungen	740
III. Vorratsdatenspeicherung nach §§ 175 ff. TKG	742
E. Informationsbeschaffung durch Anbieter von Telemedien	744
I. Auskunftsverfahren nach den §§ 21 ff. TTDSG	744
II. Besondere Auskunftsverlangen der Nachrichtendienste	746
F. Perspektiven	748

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Vorratsdatenspeicherung	749
A. Vorbemerkungen	750
B. Rechtspolitische Grundlagen	752
C. EU-rechtliche Bewertung der Vorratsdatenspeicherung	753
I. Anwendbarkeit des EU-Rechts	754
II. Speicher- und Übermittlungspflichten als Grundrechtseingriffe	755
III. Exkurs: Vorratsdatenspeicherung und Verarbeitung von Flugpassagierdaten (PNR-Daten)	764
D. Völkerrechtliche Einordnung	767
E. Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten nach deutschem Recht	767
F. Entwicklung der Vorratsdatenspeicherung in der EU und in Deutschland	770
I. Entwicklung bis Juni 2021	770
II. Unklare Perspektiven für die weitere Entwicklung der Vorratsdatenspeicherung	773
§ 23 Erhebung von Daten aus Informationssystemen, insbes. Online-Durch- suchung	773
A. Daten als Ermittlungsgrundlage	776
B. Rechtlicher Rahmen der Datenerhebung aus Informationssystemen	778
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen	778
II. Einfachrechtlicher Rahmen	782
C. Rechtsschutz und Kontrolle	805
I. Offene Datenerhebung	805
II. Heimliche Datenerhebung	806
III. Weiterreichende Schutzpflicht	807
D. Import im Ausland (massenhaft) erhobener Daten	808
I. Verwendung im Ausland erlangter Daten	810
II. Verwertung im Ausland erlangter Daten	813
E. Perspektiven	813
I. Weichen und Reformen	813
II. Reflexionen	814
§ 24 Überwachung von Kommunikation	814
A. Einführung	816
B. Kommunikation als Zugriffsobjekt der Sicherheitsbehörden	818
I. Begriff der „Kommunikation“	818
II. Bedeutung der Kommunikationsüberwachung für die Sicherheitsgewährleistung	821
III. Grundrechtliche Aspekte	821
C. Überwachung der laufenden Kommunikation	828
I. Grundlagen	828
II. Telekommunikationsüberwachung	828
III. Quellen-Telekommunikationsüberwachung	831
IV. Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	835
V. Akustische Wohnraumüberwachung	839
VI. Sonstige Eingriffe	841
D. Rechtsschutz	846
E. Perspektiven	846
§ 25 Überwachung von Wohnraum	848
A. Akustische und optische Wohnraumüberwachung	851
I. Funktionsweise und Relevanz	851

Inhaltsverzeichnis

II. Verfassungsrechtliche Einordnung	852
III. Einfachrechtlicher Regelungsrahmen	854
B. Datenerhebung aus dem „Smart Home“	864
I. Funktionsweise und Relevanz	864
II. Verfassungsrechtliche Einordnung	866
III. Einfachrechtlicher Regelungsrahmen	870
C. Andere Eingriffe in Wohnungen	879
I. Einsatz von Bodycams	879
II. Elektronische Aufenthaltsüberwachung	882
III. Betretungsrechte für verdeckt ermittelnde Personen	884
IV. Eingriffe durch Luftbilddaufnahmen	887
D. Perspektiven	888
§ 26 Sonstige technische Überwachung (IMSI-Catcher, stille SMS usw.)	889
A. Technische Überwachung in Zeiten der Datafizierung	891
B. Maßnahmen technischer Überwachung	893
I. Maßnahmen zur Aufenthaltsbestimmung	893
II. Maßnahmen zur Identifikation und Observation	914
C. Perspektiven und Reflexionen	924
§ 27 Inkognito eingesetzte Behördenmitarbeiter (insbesondere Verdeckte Ermittler)	925
A. Einführung	931
I. Phänomenbeschreibung	931
II. Terminologisches	932
III. Historie und rechtspolitische Entwicklung	935
B. Allgemeine Rechtsgrundlagen und -probleme	938
I. Übersicht zu den Rechtsproblemen	938
II. Verfassungs- und menschenrechtliche Grundfragen	939
C. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden de lege lata	945
I. Allgemeines; Begrifflichkeiten	946
II. Einsatzvoraussetzungen	952
III. Anordnungs Kompetenzen	959
IV. VM/VE-Befugnisse	961
V. Besonderheiten grenzüberschreitender Einsätze	975
VI. Transparenz, nachträgliche Kontrolle und Rechtsschutz	977
VII. Strafprozessuale Folgen	981
D. Ausblick/Perspektiven	986
§ 28 Inkognito agierende Privatpersonen (insbesondere V-Leute)	987
A. Einführung	988
I. Phänomenbeschreibung	988
II. Begriffliches	989
III. Rechtshistorische und -politische Entwicklung	994
B. Allgemeine Rechtsgrundlagen und -probleme	996
I. Verfassungs- und menschenrechtliche Grundfragen	996
C. Befugnisse der Sicherheitsbehörden de lege lata	999
I. Allgemeines; Grundlagen VP-Einsätze	999
II. Einsatzvoraussetzungen	1005
III. Anordnungs Kompetenzen	1007
IV. Befugnisse	1008
V. Grenzüberschreitende Einsätze	1013
VI. Transparenz und Kontrolle	1014
VII. Strafprozessuale Folgen	1014

Inhaltsverzeichnis

§ 29 Datenüberführungen durch Staatsschutzbehörden	1017
A. Einführung	1018
B. Grundlagen	1019
I. Die zweigliedrige Struktur von Datenüberführungen	1019
II. Quellen höherrangigen Rechts und ihr Verhältnis zueinander	1021
III. Unions- und verfassungsrechtliche Anforderungen an Datenüberführungen	1023
C. Datenüberführungsermächtigungen im geltenden Staatsschutzrecht	1029
I. Ermächtigungen zu Datenüberführungen innerhalb einer behördlichen Aufgabe	1029
II. Ermächtigungen zu zweckändernden Datenüberführungen durch den polizeilichen Staatsschutz	1033
III. Ermächtigungen zu Datenübermittlungen zwischen Staatsschutzbehörden	1037
IV. Ermächtigungen zu Datenübermittlungen an ausländische Behörden und internationale Organisationen	1054
D. Fazit	1057
§ 30 Kooperative Informationsressourcen	1058
A. Einführung	1059
B. Entwicklung und Bedeutung der informationellen Zusammenarbeit	1060
C. Rechtsrahmen	1062
I. Verfassungsrecht	1062
II. Einfachgesetzliche Vorgaben	1065
D. Kooperative Datei- und Informationssysteme	1066
I. Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	1066
II. Informationsverbund der Polizei	1069
III. Gemeinsame Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten	1071
E. Perspektiven von Datenspeicherung und Datenauswertung	1081
I. Datenspeicherung	1081
II. Datenauswertung	1082
F. Rechtsschutz und Kontrolle	1083
G. Fazit	1084
§ 31 Besondere Einrichtungen und Zentren, GTAZ u. a.	1085
A. Einführung	1086
B. Gemeinsame Zentren	1087
I. GTAZ	1087
II. Weitere gemeinsame Zentren	1096
 4. Teil: Sicherheitsgewährleistung durch Sanktionierung und Abwehr	
§ 32 Verfassungsunmittelbare Instrumente des Staatsschutzes	1101
A. Einführung	1101
B. Parteiverbot	1104
I. Funktion	1105
II. Verfahren	1105
III. Materielle Verbotsanforderungen	1106
IV. Verhältnis zum Dienstrecht	1109
C. Präsidentenanklage	1110
I. Hintergrund	1111
II. Verfahren	1112
III. Vorsätzliche Rechtsverletzung	1112
IV. Rechtsfolge	1114

Inhaltsverzeichnis

D. Richteranklage	1114
I. Hintergrund	1116
II. Verhältnis zum Richterdisziplinarrecht	1117
III. Fehlverhalten	1118
IV. Verfahren und Rechtsfolge	1119
E. Grundrechtsverwirkung	1119
I. Tatbestand	1120
II. Verfahren	1122
III. Rechtsfolgen	1122
F. Anklage gegen Mitglieder von Landesregierungen und Landtagen	1123
G. Perspektiven	1124
§ 33 Der strafrechtliche Schutz des Staates und seiner Kernfunktionen	1126
A. Einleitung: Der Staat und seine Kernfunktionen als Strafrechtsaufgabe ..	1128
I. Theoretische und historische Grundlagen	1128
II. Frieden, Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie	1129
III. Freiheitlich demokratische Grundordnung, streitbare und wehrhafte Demokratie	1130
B. Strafrechtsdogmatik und Staatsschutz	1132
I. Gegenmodelle zur liberal-rechtsstaatlichen Rechtsgutslehre	1132
II. Personale Rechtsguts-, Tabu- und Gefühlschutztheorie	1134
III. Grundlage einer kritischen freiheitlich-demokratischen Rechtsguttheorie des Staatsschutzstrafrechts	1136
C. Strafrechtlicher Schutz des Staates nach außen	1139
I. Schutz des Volkes?	1139
II. Grundlagen der Staatlichkeit und Bestand als staatlich-einheitliche Selbstorganisation des Volks	1141
III. Strafrechtlicher Schutz von Sicherheit und „informationeller Souveränität“	1142
IV. Schutz der Friedlichkeit nach außen	1146
D. Binnenschutz des freiheitlich demokratischen Gemeinwesens	1148
I. Grundlagen	1148
II. Formaler Schutz der Verfassungsordnung	1148
III. Schutz der rechtsstaatlich-demokratischen Entscheidungsfindung ...	1150
IV. Schutz der Öffentlichkeit	1154
E. Schutz der Europäischen Integration?	1155
F. Perspektiven	1157
§ 34 Angriffe auf Verkehr und Infrastruktur	1158
A. Einführung	1160
B. Die Straftatbestände im Einzelnen	1160
I. Delikte gegen Anlagen und Betriebe	1160
II. Delikte gegen die digitale Infrastruktur	1170
III. Verkehrsdelikte	1181
§ 35 Waffen, Sprengstoffe und andere gefährliche terroristische Tatmittel	1189
A. Einführung	1191
B. Tatmittel	1193
I. Gegenstandsbezogen gefährliche Tatmittel	1194
II. Verwendungsbezogen gefährliche Tatmittel	1198
C. Strafrechtliche Erfassung – Überblick und deliktsstrukturspezifische Besonderheiten	1200
I. Erfassung terroristischer Tatmittel bei Begehung der Tat	1201
II. Erfassung terroristischer Tatmittel bei der Vorbereitung einer Tat ..	1202

Inhaltsverzeichnis

D. Umgang mit terroristischen Tatmitteln – tatbestandliche Erfassung im Einzelnen	1205
I. Terroristische Tatmittel bei der Tatbegehung	1205
II. (Gefährliche) terroristische Tatmittel bei der Tatvorbereitung	1210
E. Rechtsfolgen und strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	1227
I. Rechtsfolgen	1227
II. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	1229
F. Perspektiven	1230
§ 36 Terrorismusstrafrecht	1231
A. Begriff des Terrorismus	1232
B. Terrorismusbekämpfung als Teil des Staatsschutzstrafrechts einschließlich verfassungsrechtlicher und gerichtsverfassungsrechtlicher Grundlagen	1236
C. Bekämpfung des Terrorismus im deutschen Strafrecht	1238
I. Grundlagen	1238
II. Terrorismus – Vorbereitung und Unterstützung	1241
III. Terroristische Vereinigungen, §§ 129a, 129b StGB	1247
D. Entschädigung von Opfern nach terroristischen Anschlägen	1251
E. Zur Anwendbarkeit deutschen Strafrechts im Rahmen der Terrorismusbekämpfung	1252
I. Zur Systematik deutschen Strafanwendungsrechts	1252
II. Zur Anwendung deutschen Strafrechts bei im Ausland begangenen Terrorismusstraftaten	1254
III. Nebenfolgen und Einziehung	1256
F. Ermächtigungserfordernis	1257
G. Terrorismusbekämpfung mittels Vorfeldkriminalisierung – verfassungsrechtliche Grenzen	1258
H. Besonderheiten des Terrorismusstrafrechts im Strafverfahrensrecht	1261
I. Zuständigkeiten	1261
II. Absehen von der Verfolgung von Auslandstaten, § 153c StPO, bei Staatsschutzdelikten wegen überwiegender öffentlicher Interessen, § 153d StPO, und bei Staatsschutzdelikten bei tätiger Reue, § 153e StPO	1262
III. Notwendige Verteidigung – Pflichtverteidigung	1264
IV. Strafverteidigung in Terrorismusverfahren	1265
J. Europäische Union	1266
I. Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung (EU) 2017/541	1266
II. Geplante EU-Verordnung gegen Online-Propaganda	1266
K. Europarat	1267
L. Ausblick	1268
§ 37 Kommunikations- und Propagandadelikte	1269
A. Einführung	1272
B. Erläuterungen	1273
I. Allgemeine Fragen und übergreifende Merkmale	1273
II. Die Tatbestände im Einzelnen	1283
C. Perspektiven	1324
§ 38 Terrorismusfinanzierung	1326
A. Terrorismus und Ökonomie	1328
B. Völkerrechtliche Vorgaben	1329
I. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (FTC)	1330

Inhaltsverzeichnis

II. Aktivitäten des UN-Sicherheitsrats	1331
III. Financial Action Task Force (FATF)	1332
IV. Maßnahmen des Europarats	1333
C. Unionsrechtliche Einflüsse	1334
I. Embargoverordnungen anhand sog. „Terrorlisten“	1335
II. EU-Geldwäschegesetzgebung	1338
III. EU-Terrorismusrichtlinie (EU) 2017/541	1340
D. Nationales Recht	1341
I. Präventive Instrumente	1341
II. Kriminalstrafrecht	1346
E. Zuständigkeiten und Verfahren	1354
I. Strategische Bedeutung der Financial Intelligence Unit (FIU)	1355
II. Unterbrechung verdächtiger Transaktionen	1356
F. Ausblick	1358
§ 39 Verschränkung von Staatsschutz- und Völkerstrafrecht	1360
A. Einführung	1362
B. Zuständigkeiten	1363
C. Strafbarkeit nach dem Völkerstrafgesetzbuch	1365
D. Die relevanten Straftatbestände im Einzelnen	1365
I. Völkermord	1366
II. Verbrechen gegen die Menschlichkeit	1367
III. Kriegsverbrechen	1368
E. Konkurrenzen	1375
F. Perspektiven	1376
§ 40 Strafrechtliches Präventionsrecht im Allgemeinen: Berufsverbote, Verlust politischer Rechte	1376
A. Einführung	1377
B. Verlust und Wiedererlangung politischer Rechte, §§ 45 ff. StGB	1378
I. Allgemein	1378
II. Normzweck	1379
III. Rechtsnatur	1379
IV. Arten der Statusfolgen	1379
V. Berechnung des Verlustzeitraums, § 45a StGB	1385
VI. Wiederverleihung von Rechten und Fähigkeiten, § 45b StGB	1387
VII. Mitteilung des Verlustes und der Wiedererteilung der politischen Rechte	1389
VIII. Eintragung im Bundeszentralregister	1389
IX. Gnadenrecht	1390
C. Berufsverbot	1390
I. Allgemeines	1390
II. Normzweck	1390
III. Rechtsnatur	1391
IV. Voraussetzungen der Anordnung	1391
V. Dauer des Berufsverbotes	1392
VI. Anwendbarkeit auf Jugendliche und Heranwachsende	1393
VII. Prozessuale Fragen	1393
VIII. Aussetzung zur Bewährung, § 70a StGB	1394
IX. Widerruf der Aussetzung, § 70b StGB	1395
X. Vorläufiges Berufsverbot, § 132a StPO	1396
XI. Strafbarer Verstoß gegen ein Berufsverbot, § 145c StGB	1398
XII. Mitteilung der Verhängung eines vorläufigen oder endgültigen Berufsverbotes	1398

Inhaltsverzeichnis

XIII. Eintragung im Bundeszentralregister	1398
XIV. Gnadenrecht	1398
XV. Entschädigungsanspruch	1398
D. Resümee und Ausblick	1399
§ 41 Besondere Aufsichtsmittel insbesondere elektronische Aufenthaltsüberwachung	1399
A. Übersicht	1400
B. Elektronische Aufenthaltsüberwachung („Fußfessel“)	1401
I. Rechtliche Grundlagen	1401
II. Funktionsweise	1402
III. BVerfG: Die elektronische Aufenthaltsüberwachung bei Straftätern verstößt nicht gegen die Grundrechte	1403
IV. Materiellrechtliche Einzelheiten	1406
C. Längerfristige Observationen und Dauerüberwachung gefährlicher Personen	1411
D. Polizeilicher Unterbindungsgewahrsam (Sicherheitsgewahrsam)	1412
I. Gesetzgebungskompetenz und materielle Verfassungsmäßigkeit	1412
II. Voraussetzungen des Unterbindungsgewahrsams (Sicherheitsgewahrsam)	1413
E. Automatisiertes Erfassen von Kfz-Kennzeichen zum Datenabgleich KESY	1414
F. Aufenthaltsvorgabe, Kontaktverbot	1415
G. Videoüberwachung öffentlicher Plätze mit Aufzeichnung	1415
H. Abschiebeanordnung und Abschiebehaft (Sicherungshaft)	1415
J. Weitere Aufsichtsmaßnahmen im Überblick	1416
I. Meldeanordnung	1417
II. Untersagen der Ausreise („Ausreiseverbot“)	1417
III. Anordnung erkennungsdienstlicher Maßnahmen	1417
IV. Fluggastkontrollen	1418
§ 42 Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof – Rechtsrahmen und Rechtspraxis	1418
A. Einführung	1421
I. Entwicklung gerichtlicher Zuständigkeiten in Staatsschutzsachen	1422
II. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungseinheiten auf Bundesebene	1423
III. Die Bundesanwaltschaft heute	1424
B. Rechtsrahmen	1425
I. Gerichtsverfassungsrechtliche Aufgabenverteilung	1426
II. Verhältnis zwischen GBA und Staatsanwaltschaften der Länder	1433
III. Prozessuale Besonderheiten für Verfahren in der Zuständigkeit der Bundesjustiz	1436
IV. Weitere Aufgaben des GBA innerhalb der deutschen Sicherheitsarchitektur	1441
V. Die Opferstaatsanwälte beim Generalbundesanwalt	1449
C. Rechtspraxis	1450
I. Ermittlungsverfahren im Bereich der Inneren Sicherheit	1450
II. Ermittlungsverfahren im Bereich der äußeren Sicherheit	1474
III. Bekämpfung von Völkerstrafaten nach dem VStGB	1479
D. Perspektiven	1484
§ 43 Besonderheiten im gerichtlichen Verfahren	1486
A. Einführung	1487

Inhaltsverzeichnis

B. Besonderheiten	1488
I. Verteilung der erstinstanzlichen gerichtlichen Zuständigkeit	1488
II. Abhängigkeit der Strafverfolgung von exekutiver Verfolgungsermächtigung	1493
III. Besonderheiten im Eröffnungsverfahren	1495
IV. Besonderheiten bei der Verhandlungsvorbereitung	1501
V. Besonderheiten bei der Durchführung der Hauptverhandlung	1509
C. Perspektiven	1521
§ 44 Besonderheiten der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen mit Staats- schutzbezug	1523
A. Einführung	1524
I. Überblick	1524
II. Begriff und Rechtsquellen des Rechtshilferechts	1525
III. Abgrenzung der Rechtshilfe von der internationalen Zusammenarbeit anderer Sicherheitsbehörden	1526
B. Besonderheiten der Rechtshilfe in Strafverfahren mit Staatschutzbezug	1527
I. Politische Straftat	1527
II. Politische Verfolgung	1533
III. Sonstige Rechtshilfe bei politischer Straftat und politischer Verfolgung	1543
IV. Besonderheiten bei Terrorismusstraftaten – keine politische Tat	1544
V. Militärische Straftat	1548
VI. Verweigerung von Rechtshilfe wegen Staatsschutz- und Sicherheitsinteressen	1551
VII. Der deutsche -Vorbehalt	1553
VIII. Besonderheiten bei Interpol im Bereich politischer Taten	1553
C. Rechtsschutz	1553
D. Perspektiven	1554
§ 45 Sicherheitsgewerberecht – Sicherheitsrecht der Wirtschaft	1554
A. Einführung	1556
I. Sicherheit als originäre Staatsaufgabe	1556
II. Erweiterung des Sicherheitsbegriffes	1556
III. Übertragung von Staatsaufgaben an Private	1557
IV. Erweiterter Sicherheitsbegriff und privates Sicherheitsgewerbe	1559
V. Begriff des privaten Sicherheitsgewerbes	1559
B. Rechtsgrundlagen der Sicherheitswirtschaft	1561
I. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	1561
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1563
III. Gewerberechtliche Grundlagen des Sicherheitsgewerbes	1565
IV. Spezielle Rechtsgrundlagen der Betätigung privater Sicherheitsunternehmen	1576
V. Resümee	1580
C. Entwicklungen im Sicherheitsdienstleistungsrecht	1580
I. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sicherheitsgewerbe	1581
II. Das Sicherheitsdienstleistungsgesetz (SDLG)	1582
III. Kurzer Ausblick	1583
§ 46 Staatsschutz und Dienstrecht (Beamten-, Soldaten- und Richterrecht)	1583
A. Einführung	1587
I. Verfassungsfeindliches Handeln von Staatsbediensteten als rechtstatsächliches Problem	1588

Inhaltsverzeichnis

II. Vielfalt und Komplexität der Rechtsfragen	1590
III. Beschränkung der Betrachtung auf staatschutzrelevante Pflichten von Beamten, Richtern und Soldaten	1590
IV. Gang der Darstellung	1591
B. Staatschutzbezogene Pflichten im Beamten-, Richter- und Soldatenrecht	1591
I. Spezifisch staatschutzbezogene Pflichten im Beamtenverhältnis	1591
II. Staatschutzbezogene Pflichten im Soldaten- bzw. Wehrdienstverhältnis	1602
III. Pflichten im Richterverhältnis	1607
C. Dienstrechtliches Instrumentarium zur Durchsetzung staatschutzbezogener Pflichten	1609
I. Durchsetzung bei Beamten	1609
II. Pflichtendurchsetzung bei Soldaten	1616
III. Durchsetzung bei Richtern	1618
D. Disziplinarrechtliche Folgen von Verstößen gegen staatschutzbezogene Pflichten	1620
I. Überblick	1620
II. Disziplinarrechtliche Konsequenzen bei Beamten	1620
III. Disziplinarrechtliche Konsequenzen bei Soldaten	1624
§ 47 Vereinsrecht	1626
A. Einführung: Zweck des Vereinsrechts	1628
B. Rechtsgrundlagen des Vereinsrechts	1628
C. Anwendungsbereich des Vereinsrechts	1629
I. Beschränkung des Anwendungsbereichs auf „Vereine“	1629
II. Grenzen des vereinsgesetzlichen Vereinsbegriffs	1630
III. Insbesondere: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	1631
D. Verwirklichung der Vereinsfreiheit	1632
I. Grundsatz der Genehmigungs- und Anzeigefreiheit	1632
II. Anmeldung von Ausländer- und ausländischen Vereinen	1632
E. Gefahrenabwehr durch Vereinsverbot	1632
I. Allgemeines	1632
II. Materielle Voraussetzungen	1633
III. Formelle Voraussetzungen	1644
IV. Verbotsinhalt	1646
V. Verbotsreichweite	1648
VI. Verbotsvollzug	1650
VII. Verbotssicherung	1652
VIII. Rechtsschutz	1656
F. Weitere vereinsrechtliche Befugnisse	1659
G. Perspektiven für das Vereinsrecht	1659
§ 48 Versammlungsrecht	1660
A. Einführung: Zweck des Versammlungsrechts	1661
B. Rechtsgrundlagen des Versammlungsrechts	1662
I. Nebeneinander von Bundes- und Landesrecht	1662
II. Konvergenz des föderalisierten Versammlungsrechts	1663
C. Anwendungsbereich des Versammlungsrechts	1664
I. Beschränkung auf öffentliche Versammlungen als Grundsatz	1664
II. Insbesondere: „Polizeifestigkeit“ des Versammlungsrechts	1665
D. Verwirklichung der Versammlungsfreiheit	1667
I. Versammlungsfreiheit als Ausgangspunkt	1667

Inhaltsverzeichnis

II. Insbesondere: Versammlungsanmeldung	1667
III. Insbesondere: Versammlungsdurchführung	1668
E. Versammlungsrechtliche Befugnisse zur Gefahrenabwehr	1670
I. Allgemeines	1670
II. Versammlungsbeschränkung und -verbot	1670
III. Versammlungsauflösung	1676
IV. Anwesenheit von Polizeibeamten	1677
V. Bild- und Tonaufnahmen	1678
VI. Sonstige Befugnisse	1679
F. Straf- und Bußgeldvorschriften	1679
G. Perspektiven für das Versammlungsrecht	1679
§ 49 Waffen- und Sprengstoffrecht	1680
A. Einführung	1681
I. Vorüberlegungen und Historie	1681
II. Praxisrelevanz	1683
B. Überblick über das Waffenrecht	1684
I. Einführung	1684
II. Funktion	1685
III. Inhalt und Aufbau des Gesetzes	1685
IV. Einzelne Problemfelder	1690
V. Kritik	1706
C. Überblick über das Sprengstoffrecht	1707
I. Einführung	1707
II. Inhalt und Aufbau des Gesetzes	1709
III. Einzelne Problemfelder	1711
D. Exkurs: Kriegswaffenkontrollrecht	1712
I. Einführung, Inhalt und Aufbau des Gesetzes	1712
II. Einzelne Problemfelder	1714
E. Rechtsschutz und Kontrolle	1715
F. Perspektiven	1715
I. Rechtspolitische Erwägungen	1715
II. Reformbestrebungen und Kritik	1716
§ 50 Luftsicherheitsrecht	1717
A. Einführung	1718
I. Das Spektrum von Luftsicherheit und Luftsicherheitsrecht	1718
II. Luftsicherheitsrecht als Rechtsbegriff	1719
III. Luftsicherheitsrecht als internationalisiertes Rechtsgebiet	1721
B. Der allgemeine Rahmen des Luftsicherheitsrechts	1722
I. Die tatsächliche und allgemein-rechtliche Ausgangslage	1722
II. Bedeutungen wesentlicher Begriffe	1723
III. Rechtsquellen	1726
C. Die luftsicherheitsrechtliche Infrastruktur	1733
I. Grenzüberschreitende Rahmenbedingungen	1733
II. Luftsicherheitsrechtliche Verwaltungsorganisation und Infrastruktur in Deutschland	1733
III. Amtshilfe und Streitkräfte	1736
D. Die luftsicherheitsrechtlichen Befugnisse	1738
I. Zum Schutz des Luftraums	1738
II. Zur Abwehr von Gefahren aus dem Luftraum	1740
III. Zur Wahrung der Bordsicherheit	1743
E. Rechtsschutz und Kontrolle	1749
I. Primärrechtsschutz	1749

Inhaltsverzeichnis

II. Sekundärrechtsschutz	1750
III. Kontrolle	1750
F. Perspektiven	1751
§ 51 Präventionsrecht gegenüber Gefährdern	1751
A. Einführung	1752
I. Präventionsrecht als „Gefahrenvorsorge“	1752
II. Reaktion des Gesetzgebers auf den internationalen Terrorismus	1754
III. Gefährder als statistische Größe	1755
B. Genealogie des Begriffs „Gefährder“	1756
I. Exekutivische Gefährderkonzeption	1756
II. Der ausländische Gefährder im Aufenthaltsrecht	1759
C. Die Lehre von der „drohenden Gefahr“	1761
I. Vorbemerkung	1761
II. Die Rechtsprechung des BVerfG	1762
D. Übersicht über Präemptive Regelungen im „Gefährderrecht“ in den Polizeigesetzen des Bundes und der Länder	1764
I. Vorbemerkung	1764
II. Das BKAG 2018	1764
III. Die „drohende Gefahr“ in den Polizeigesetzen der Länder	1765
E. Perspektiven	1772
5. Teil: Äußere Sicherheitsgewährleistung	
§ 52 Landes- und Bündnisverteidigung	1773
A. Die Bundeswehr als Garant der äußeren Sicherheit	1774
B. Rechtsgrundlagen der Verteidigung	1776
I. Überblick über die Wehrverfassung	1777
II. Die Entwicklung der Wehrverfassung	1779
III. Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung	1782
C. Der Verfassungsauftrag zur Verteidigung	1785
I. Der Verteidigungsbegriff	1785
II. Der Auftrag zur Aufstellung der Bundeswehr	1793
III. Der Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung	1794
D. Die Einhegung militärischer Macht	1797
I. Zivile Führung	1797
II. Parlamentarische Kontrolle	1798
E. Instrumente zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte ..	1801
I. Die Wehrpflicht	1802
II. Bundeswehrverwaltung und Wehrgerichtsbarkeit	1802
III. Der Soldatenstatus	1804
IV. Die Abwehr von Störungen	1805
V. Gesetzliche Sonderregelungen	1806
F. Fazit und Perspektiven	1806
§ 53 Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung	1808
A. Konfliktverhütung und Krisenbewältigung als Aufgabe der Bundeswehr ..	1810
B. Die Entwicklung des Rechtsrahmens von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	1812
I. Die Debatte vor 1994	1812
II. Die Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	1814
III. Urteilskritik und nachfolgende Entwicklung	1815
C. Das Recht zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland	1816
I. Völkerrechtliche Legitimation	1817

Inhaltsverzeichnis

II. Verfassungsmäßigkeit des Einsatzes	1822
III. Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt	1828
IV. Verfassungsgerichtliche Überprüfung	1833
D. Das Recht im Auslandseinsatz	1835
I. Rechtsquellen	1835
II. Die Umsetzung des Rechtsrahmens	1841
E. Fazit und Perspektiven	1843
Sachverzeichnis	1847


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG